

**Frauen- und
Gleichstellungspolitik:
Mehr bewegen.**



Frauen * Power in ver.di **Newsletter der ver.di Frauen Hessen**

Ausgabe September 2020

Landesbezirksfrauenrat ver.di Hessen



Jetzt streikt´s! Erste Warnstreiks im öffentlichen Dienst **Arbeitgeber verweigern Angebot**

Die Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst haben begonnen. Wo vor Monaten noch alle begeistert in die Hände geklatscht haben, wollen die Arbeitgeber von den Absichtsbekundungen die sogenannten systemrelevanten Berufe stärker zu honorieren, nun nichts mehr wissen. Gefordert wird eine Lohnerhöhung von 4,8 %, mindestens aber 150 Euro, damit auch die unteren Lohngruppen davon profitieren können.

Die Ernüchterung begann schon nach der ersten Verhandlungsrunde und hat die Kolleginnen und Kollegen nach der zweiten Verhandlungsrunde hart getroffen. Die Arbeitgeber haben kein Angebot vorgelegt. Ein Schlag ins Gesicht für die vielen Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, voran der Gesundheitsbereich, der Einzelhandel und der Sozial- und Erziehungsdienst. Vielen von ihnen sind Frauen, die seit Beginn der Pandemie die Gesellschaft am Laufen halten. Der Bereich Gesundheitswesen und Pflege wird an einem Sondertisch verhandelt. Hier erfahrt ihr mehr:

<https://unverzichtbar.verdi.de/++co++18b8663e-fc1a-11ea-b918-001a4a160129>

Es geht um die **Umsetzung einer notwendigen finanziellen Wertschätzung** für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes. Diese ist längst fällig. Die andere Seite verweist auf die durch Corona verursachte schlechte konjunkturelle Lage. Es ist unglaublich und verlogen für die Kolleginnen und Kollegen erst zu bejubeln und dann die konjunkturelle Lage voranzuschieben, die nebenbei laut Prognosen besser als erwartet ausfällt. Auch eine Angleichung der Löhne und der Arbeitszeit von Ost und West ist längst überfällig.

Seit dem 22. September gibt es bundesweit lokale Warnstreiks, um den Forderungen weiter Ausdruck zu verleihen. Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes haben mehr verdient als Absichtsbekundungen und Lob. **Jetzt seid ihr dran!** Die Verhandlungen werden am 22. – 23. Oktober fortgesetzt.



**Vereinte
Dienstleistungs-
gewerkschaft**



Frauen * Power in ver.di **Newsletter der ver.di Frauen Hessen**

Lieferkettengesetz in Deutschland

Es ist Zeit! Für die Sorgfaltspflicht von Unternehmen

Ein Gastbeitrag von **Brigitte Bach-Grass, ver.di Bezirksfrauenrat Frankfurt am Main & Region**

Die menschenunwürdigen Produktionsbedingungen in den Textilfabriken Südostasiens sind schon seit einigen Jahren Thema der **ver.di Frauen Hessen**. Bei diversen Veranstaltungen, wie z.B. mit dem Film "True Coast", wurde sowohl in Offenbach als auch im Frankfurt für mehr Aufmerksamkeit für die **Folgen unseres Konsumverhaltens** gesorgt. Bisher wurde von politischer Seite auf die Freiwilligkeit bei der Überprüfung der Beachtung von Menschenrechten in den Produktionsstätten gesetzt. Dass damit keine konsequente Durchsetzung von guten Arbeits- und Lebensbedingungen möglich ist, wurde durch das mangelnde Interesse bei einer entsprechenden Befragung von deutschen Unternehmen deutlich. Nur 13 - 17% der Firmen mit mehr als 550 Beschäftigten halten sich an die im "Nationalen Aktionsplan Wirtschaft und Menschenrechte" formulierten Vorgaben. Da in der großen Koalition vereinbart worden war, dass gesetzliche Regelungen zu erlassen sind, wenn nicht mindestens 50% der Unternehmen freiwillig eine menschenrechtliche Sorgfalt in ihrer globalen Lieferkette gewährleisten, sollten gesetzliche Vorgaben beschlossen werden. **Das Lieferkettengesetz soll in Deutschland Unternehmen dazu verpflichten**, Arbeits-, Umwelt und menschenrechtliche Standards bei der Herstellung von Kleidung einzuhalten sowie für Verstöße haftbar gemacht werden zu können.

Leider legt aber das **Bundesministerium von Wirtschaftsministers Altmaier** eine fortgesetzte Blockadehaltung an den Tag. So will er verhindern, dass die gesetzlichen Vorgaben für Unternehmen mit weniger als 5.000 Beschäftigten gelten und dass zivilrechtliche Sanktionen für Firmen erfolgen, wenn Menschenrechtsverletzungen in ihrer globalen Lieferkette vorkommen.

Vor diesem Hintergrund fand am 17. September im Rahmen der interkulturellen Wochen ein Podium im Bücherturm der Offenbacher Stadtbibliothek statt. Als Veranstalter traten neben den ver.di Frauen auch die Offenbacher Naturfreunde und die attac Region Offenbach auf. Fachkundig moderiert von Rosa Schwenger, der für Frauenarbeit im Bezirk Frankfurt und Region zuständigen Gewerkschaftssekretärin gab es eine Einführung zur Geschichte und den rechtlichen Grundlagen durch Günter Burkard von attac.

Mit einem Bericht über den UN-Prozess für weltweit verbindliche Regeln zu Wirtschaft und Menschenrechten, "UN-Treaty" konnte Anne Jung von medico international noch einmal auf die Wichtigkeit von wirksamen Sanktionsmöglichkeiten hinweisen.



**Frauen- und
Gleichstellungspolitik:
Mehr bewegen.**



Frauen * Power in ver.di **Newsletter der ver.di Frauen Hessen**

Ute Fritzel, Pressesprecherin den ver.di Landesbezirks Hessen und Vertreterin der Initiative Lieferkettengesetz - Hessen, wies auf die Unterstützung mit Ideen für öffentliche Aktionen hin. Als Vertreterin der örtlichen Fridays for Future Aktiven wies Julia Endres darauf hin, dass die Einhaltung von Menschenrechten und der Schutz der Umwelt in den Produktionsländern zu den grundlegenden Zielen ihrer Initiativen zählt und nicht als getrennte Handlungsfelder gesehen werden.

Die rund 30 Teilnehmer an der Diskussion konnten so von einem breiten Spektrum an Informationen profitieren und waren sich einig, dass es wichtig ist entsprechenden **Druck auf politische Entscheidungsträger*innen** aufzubauen um zu verhindern, dass wirkungsvolle gesetzliche Vorgaben durch Interventionen des Wirtschaftsministeriums und von Unternehmensverbänden verwässert werden. Wenn auf die massiven Belastungen für die deutsche Wirtschaft gewarnt wird ist die Frage zu stellen, welche ethische Grundlage rechtfertigt, dass dafür Menschenrechtsverletzungen hingenommen werden.

Mehr Infos findet ihr unter: www.lieferkettengesetz.de oder www.verdi/themen/internationales.de

Online Angebot der Initiative Lieferkettengesetz:

Montag, 16.11.2020, 18:00-19:30 Uhr: Geschlechtergerechtigkeit in weltweiten Lieferketten
Mit Adela Torres (Agrargewerkschaft SINTRAINAGRO, Kolumbien) und Karolin Seitz (Global Policy Forum)

Anmeldung unter: https://us02web.zoom.us/webinar/register/WN_IDmacSMERHG-k3WVqFeRzw?fbclid=IwAR3pCtBMun42IcTxIAn2Cqch70Rb6PRcC74K3JbfvQ3cqzeckpm5mqgWqM0



**Vereinte
Dienstleistungs-
gewerkschaft**

**Frauen- und
Gleichstellungspolitik:
Mehr bewegen.**



Frauen * Power in ver.di **Newsletter der ver.di Frauen Hessen**

Unterstützung des International Safe Abortion Day am 28. September 2020 **Schwangerschaftsabbruch ist Grundversorgung! Egal wo. Egal wer. Egal warum.**

ver.di Landesbezirksfrauenrat Hessen unterstützt den **Aufruf des F*Streik Bündnisses** zum Safe Abortion Day und die Aktivitäten rund um den 28. September 2020. **Wir fordern das Streichen der Paragraphen StGB §218 und §219a!**

Aus dem Aufruf:

Grundversorgung - Egal wo: Egal ob auf dem Land oder in der Stadt, von der Privatpraxis bis zum katholischen Krankenhaus: Schwangerschaftsabbrüche müssen flächendeckend verfügbar sein. Dazu muss sichergestellt werden, dass überall qualifiziertes medizinisches Fachpersonal vor Ort ist. Als Standardeingriff muss der Schwangerschaftsabbruch daher auch grundlegender Bestandteil von Lehre und Forschung sein. Behandelnde Ärztinnen und Ärzte brauchen unverzüglich Rechtssicherheit statt Kriminalisierung. Wir solidarisieren uns mit unseren Mitstreiter*innen der Pro-Choice-Bewegung, die weltweit für reproduktive Rechte auf die Straße gehen. Sei es in Niederbayern, Warschau oder anderswo - der Zugang zu einem Schwangerschaftsabbruch gehört zur Grundversorgung.

Grundversorgung - Egal wer: Alle Schwangeren müssen das Recht auf und den Zugang zu einem sicheren Schwangerschaftsabbruch haben. Weder Alter, sozialer Status, Behinderung, Weltanschauung, rassistische Zuschreibungen, Aufenthaltsstatus, Sexualität oder Geschlechtsidentität dürfen dabei eine Rolle spielen. Deshalb muss der Schwangerschaftsabbruch eine Krankenkassenleistung werden, statt die finanzielle Last den ungewollt Schwangeren zuzumuten. Körperliche Selbstbestimmung ist ein grundlegendes Menschenrecht und muss daher genauso umfassend für Menschen, die schwanger werden können, gelten, wie für alle anderen auch!

Grundversorgung - Egal warum: Die Gründe, warum Menschen eine Schwangerschaft beenden möchten, sind vielfältig und die Entscheidung ist persönlich. Gesellschaftliche Moralvorstellungen, der Beratungszwang und die Kriminalisierung im Strafgesetz bauen einen großen Druck für Betroffene auf. Wir fordern, dass Schwangere endlich als zurechnungsfähig anerkannt werden und selbstbestimmt über ihre Körper entscheiden können. Schluss mit Kriminalisierung und Zwangsberatung!



**Vereinte
Dienstleistungs-
gewerkschaft**

**Frauen- und
Gleichstellungspolitik:
Mehr bewegen.**



Frauen * Power in ver.di **Newsletter der ver.di Frauen Hessen**

Weiterhin heißt es im Aufruf: Stattdessen brauchen wir:

- eine niedrigschwellige Aufklärung über sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte
- einen besseren Zugang zu Verhütungsmethoden insbesondere über die Finanzierung durch Krankenkassen
- öffentlich geförderte Angebote einer freiwilligen, neutralen und leicht zugänglichen Schwangerschaftskonfliktberatung

Während der Corona-Krise zeigte sich, dass es vor allem Frauen sind, die systemrelevante Arbeit übernehmen. Ob bezahlt in der **Pflege, Reinigung oder im Supermarkt oder mit unbezahlter Sorgearbeit in der Familie** – Frauen bringen uns durch die Krise. Umso schlimmer, dass sie dafür nicht ausreichend entlohnt und bei Problemen wie ungewollter Schwangerschaft allein gelassen werden. Die Corona-Krise hat den Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen massiv erschwert. Wir brauchen eine krisenfeste und solidarische Gesundheitsversorgung für Alle - und dazu gehört der Zugang zu einem Schwangerschaftsabbruch!

Aktionen

Darmstadt

27.09.2020 Kleiderbügel mit Flyern und Plakaten aufhängen im gesamten Stadtgebiet von Darmstadt

Frankfurt am Main

27.09.2020 14:00 Demo; Start: Palmengartenstraße vor ProFamilia, Abschluss: Römer
facebook_Event @Twitter: FStreik_FFM; @Insta: FStreik_FFM

Kontakt: fstreik_ffm_aktive@lists.riseup.net; Frauen*streik Bündnis FFM

Gießen

28.09.2020 16:00 Info-Stand mit „(Un-) Glücksspiel: Ungewollt schwanger“ am Kreuzplatz 9
(Kugelbrunnen)

facebook_Event @Twitter: @pro_choice_Gl

Kontakt: kontakt@prochoice-giessen.de; Aktionsbündnis Pro Choice Gießen

Marburg

28.09.2020 16:00 „noch in Planung“ auf dem Marktplatz
facebook_Event @Insta: @safe_abortion_day_2020_marburg



**Vereinte
Dienstleistungs-
gewerkschaft**

**Frauen- und
Gleichstellungspolitik:
Mehr bewegen.**



Frauen* Power in ver.di **Newsletter der ver.di Frauen Hessen**

Kurz & wichtig!

Mehr Arbeitsbefreiung bei Krankheit des Kindes

Wegen der Corona Pandemie wird es in diesem Jahr zusätzliche Tage zur Arbeitsbefreiung geben, wenn das Kind erkrankt ist. Bisher konnten Eltern pro Kind insgesamt 20 Tage (10 Tage pro Elternteil) in Anspruch nehmen. Alleinerziehende 20 Tage. Diese Regelung gilt für alle Kinder unter 12 Jahren.

Die Koalition hat im August eine befristete Aufstockung beschlossen. Zusätzlich wird es für das Jahr 2020 nun 5 zusätzliche Arbeitstage für Elternpaare und für Alleinerziehende 10 Tage Arbeitsbefreiung bei Erkrankung des Kindes geben.

Save the Date: Frauenkongress der ver.di Frauen Hessen am 4. März 2021

Am Donnerstag den 4. März 2021 findet der wegen Corona verschobene Frauenkongress der ver.di Frauen Hessen mit ver.di b+b „**Die Arbeit der Zukunft**“ statt.

Eingeladen sind alle weiblichen* Interessenvertretungen sowie Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte aus Hessen. Elke Hannack aus dem Bundesvorstand des DGB wird mit einem spannenden Input zur **Arbeit 4.0** mit Blick auf die Gleichstellung eröffnen. In unterschiedlichen Workshops (Digitalisierung der Arbeit, Vereinbarkeit, EG Check, Frauen und New Work) können Ideen ausgetauscht und Netzwerke gebildet werden. **Anmeldungen** gehen an: Gabriele Herbert gabriele.herbert@verdi-bub.de

Kontakt Newsletter

Juliane Elpelt, Gewerkschaftssekretärin

ver.di Hessen Frauen- und Gleichstellungspolitik

juliane.elpelt@verdi.de

<https://frauen-hessen.verdi.de/>

<https://www.facebook.com/juliane.elpelt.9>

<https://www.instagram.com/ver.difrauenhessen/>



**Vereinte
Dienstleistungs-
gewerkschaft**